

Sag niemals "nie"

Große Versprechungen machte Wirtschafts- und Transportminister Henri Grethen auf einer Informationsveranstaltung in Bonneweg zum so genannten "plan d'occupation du sol aéroport et environs" (POS) rund um den Findel-Flughafen. "Niemals" würde die Fahrbahn verlängert, und "niemals" würde eine zweite Start- und Landepiste für Flugzeuge gebaut, weil dafür kein Platz da sei, verkündete energisch der DP-Politiker am vergangenen Dienstagabend.

Sowohl Grethen als auch sein Kollege Michel Wolter versuchten, besorgten AnwohnerInnen den Impakt des komplexen Flächennutzungsplans für die Weiterentwicklung des Findel-Flughafens auf die betroffenen sechs Gemeinden (Betzdorf, Hesperingen, Luxemburg, Niederanven, Sandweiler und Schüttringen) zu erklären, der seit Montag in den jeweiligen Gemeinden für die Bevölkerung zur Einsicht vorliegt. Unter anderem werden bestehende Dorfentwicklungspläne eingefroren und Immobilienverkäufe erschwert, um eine weitere Urbanisierung rund um Findel zu vermeiden. Zudem betonte Wolter, dass es sich beim POS nicht um die Kommodo-Inkommodo-Prozedur handele, sondern diese erst nach Inkrafttreten des Nutzungsplanes (bis dahin gilt das "alte" Gesetz von 1996 weiter) durchgeführt würde. Das Verfahren untersucht die Auswirkungen von Flughafenbetrieb und Luftverkehr auf Mensch und Umwelt - und ist für die vom Lärm am stärksten betroffenen Anrainergemeinden von besonderem Interesse. Die Lärmbelästigung soll sich Grethen zufolge dank verbesserter Flugzeugtechnik und größeren Passagier-Aufnahmekapazitäten auf 62 Dezibel beschränken - anvisiert sind für die Zukunft rund 76.000 Flugbewegungen und eine Abfertigung von drei Millionen Passagieren pro Jahr.

Che-Kampagne: kalte Füße bei Dexia?

Der Einsatz von Che Guevaras Konterfei für die jüngste Werbekampagne der Dexia-BIL hat nicht nur bei eingefleischten Che-Fans für heftige Reaktionen gesorgt. Abgesehen davon, dass die Idee nicht neu ist - mussten nicht schon Marx, Martin Luther King, Einstein oder Gandhi für Werbezwecke herhalten? -, scheint Dexia Angst vor der eigenen Courage bekommen zu haben. Wie sonst ließe sich die sechsseitige interne Broschüre erklären, auf der dem Dexia-Personal unter dem Titel "Pourquoi le Che?" ellenlange Erklärungen zur Kampagne geliefert werden? Neben Basics zur Biographie des Che finden wir zum Beispiel Sätze wie: "Il est important de rappeler que l'image de Che Guevara ne constitue pas le nouveau visage Dexia-BIL." Oder: "Dexia BIL ne prétend pas s'identifier au personnage par rapport à ses convictions personnelles." Witzig ist auch das auf heikle Situationen vorbereitende Frage-und-Antwortspiel. Frage: "C'est super la révolution! Vous voulez tout 'casser'?" Enttäuschende Antwort: "Absolument pas: Dexia BIL souhaite juste affirmer sa vision de ce qu'une banque peut et doit faire pour se rapprocher de ses clients, au risque de les surprendre dans un premier temps."

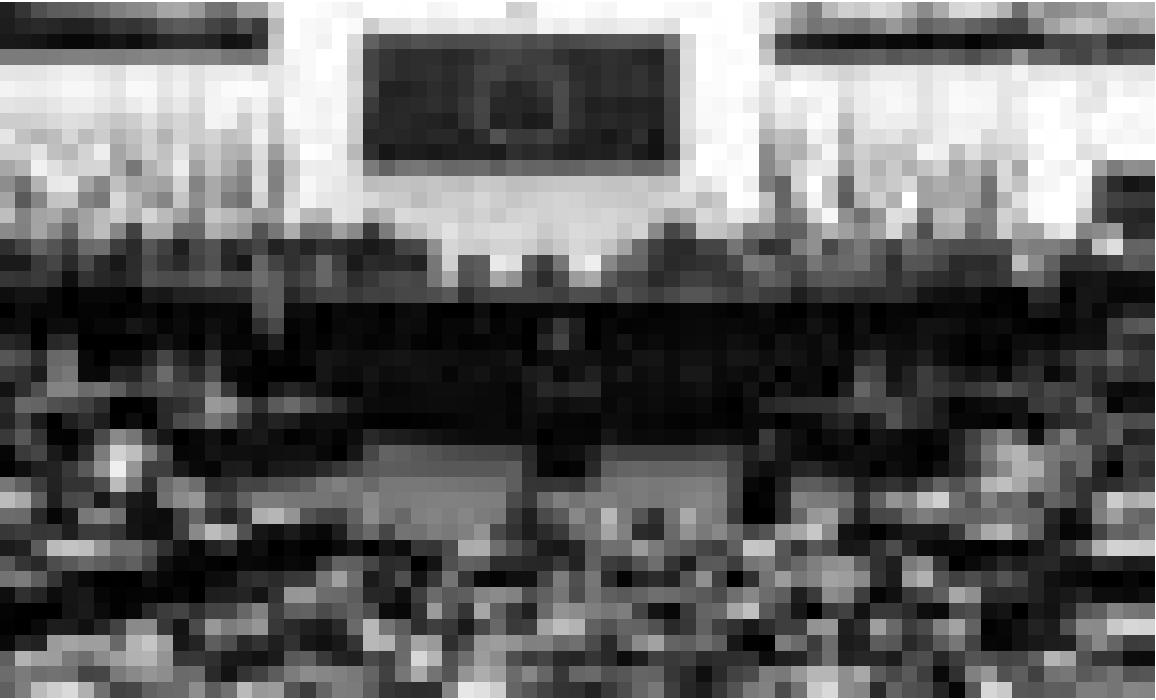
Katholischer Feldzug gegen Homo-Ehe

Der Vatikan hat eine Kampagne gegen die Homo-Ehe gestartet. In einem zwölfseitigen Papier ruft die vatikanische Glaubenskongregation katholische Politiker zum Widerstand gegen Gesetze auf, die homosexuelle Ehen und Partnerschaften erlauben. "Die Ehe ist heilig, während homosexuelle Handlungen gegen das Moralgesetz der Natur verstoßen", heißt es in dem päpstlich abgesegneten Dokument.

Brav folgt auch das luxemburgische erzbischöfliche Ordinariat seinem Oberhirten und ermutigt seine Schäfchen dazu, "zugunsten der Sicherung von gerechten Strukturen und der Wahrung des Gemeinwohls aktiv zu werden". Wie wenig die Moralapostel bei ihrer Hetze gegen Homosexuelle neben der Gleichberechtigung auch der demokratische Grundsatz der Trennung zwischen Staat und Kirche interessiert, verrät folgender Satz: "In der Frage der Anerkennung eines gesetzlichen Regelwerkes zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften werden sie (die Katholiken, d. Red.) insbesondere aufgefordert, in Übereinstimmung mit ihrem christlichen Gewissen zwischen legitimer Pluralität und moralischer Pflicht zu unterscheiden."

EUROPAPARLAMENT

Alles Abzocke?



Mehr gleiches Geld für gleiche Arbeit fordern die EU-ParlamentarierInnen.

(Foto: EP)

Die Abgeordneten des Europaparlaments haben ein einheitliches Statut beschlossen. Fragwürdiger Nebeneffekt: Luxemburgische EU-Abgeordnete könnten rein rechnerisch über 40 Prozent mehr verdienen als bisher.

"Europa-Abgeordnete langen zu", so titelte die Sendung Monitor am Donnerstag vor einer Woche. In ihrem Beitrag hatten die JournalistInnen Kim Otto und Volker Happe eine Entscheidung des Europaparlaments (EP) aufgegriffen, die bisher weitgehend unbeachtet geblieben ist: die Diäten der Europa-Abgeordneten. Tatsächlich bedeutet das bereits am 4. Juni dieses Jahres beschlossene, einheitliche Abgeordnetenstatut ein sattes Plus im Portemonnaie vieler ParlamentarierInnen.

Seit 1979 ringen die Abgeordneten um ein eigenes Statut. Anders als ihre nationalen Kolleginnen und Kollegen verfügen die EU-VolksvertreterInnen über kein für alle Abgeordneten einheitliches Statut, obwohl sie seit über 20 Jahren direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Eine Folge dieser Rechtslücke: Für die Delegierten gelten hinsichtlich der Bezahlung und der Altersversorgung in der Regel die gleichen Bestimmungen wie für die nationalen Abgeordneten. Außer in den Niederlanden, wo die Mitglieder des Europäischen Parlaments seit 1996 per Gesetz weniger verdienen als ihre nationalen KollegInnen, erhalten nationale und europäische VolksvertreterInnen eines Landes bislang in etwa dasselbe Gehalt.

Für Luxemburg bedeutet diese Regelung derzeit ein Grundgehalt von 4.815,45 Euro brutto monatlich sowohl der nationalen wie der europäischen ParlamentarierInnen. Für den Fall eines "congé politique", sollte die betreffende Person also einen freien Beruf für die politische Karriere ruhen lassen, kommen noch einmal bis zu 3.285 Euro pro Monat hinzu. Nach zehn Jahren haben die Deputierten zudem Anrecht auf ein Ruhegeld, dessen Höhe abhängig von der Mandatsdauer ist.

Doch auch wenn diese provisorische Lösung für annähernde Gleichheit zwischen den unterschiedlichen ParlamentarierInnen eines Landes sorgt, für die Europaabgeordneten untereinander sind damit erhebliche Ungleichheiten verbunden. Manche Abgeordnete kassieren fast vier Mal so viel wie ihre KollegInnen - obwohl sie doch in Brüssel,

Straßburg und anderswo die gleiche Arbeit verrichten. So müssen die Spanier mit 3.055,24 Euro monatlicher "Aufwandsentschädigung" (14 Mal gezahlt) auskommen, während die Italiener ein Spitzensalär von jährlich zwölf Mal 10.974,66 auf dem Konto haben. Die luxemburgischen Abgeordneten liegen, rechnet man die 4.815 Euro und den "congé politique" zusammen, ebenfalls in der Spitzengruppe.

Gleiche Arbeit, ungleiches Entgelt

Anders die Abgeordneten aus der europäischen Peripherie, deren Bezüge für die Wahrnehmung des Amtes kaum ausreichen - gäbe es nicht die pauschale Reisekostenerstattung, mit der sich so manches mehr oder minder mageres Einkommen ganz unbürokratisch aufpolieren lässt. Abgerechnet wird jeder Flug aus der Heimat ins ferne Brüssel oder nach Straßburg nach dem teuersten Ticketpreis der Business-Klasse. Bekommt ein Abgeordneter den Flug günstiger, fließt die Ersparnis ins eigene Portemonnaie.

Ein "seltsames, unehrliches" System nennt der luxemburgische EP-Abgeordnete Robert Goebbels (LSAP) diese verschleierte Einkommensquelle. Immerhin: Mit dem neuen Statut würde die pauschale Vergütung hinfällig, Reisekosten müssten künftig individuell nachgewiesen werden. Um dem "Ärgernis" ein Ende zu bereiten, hat Goebbels - ebenso wie sein Parteikollege Jacques Poos - in Straßburg für das einheitliche Statut gestimmt, die damit verbundene Gehältererhöhung aber, so sagt er, interessiere ihn "nicht so sehr".

Erstaunlich, denn der neue Berechnungsmodus, den das Europaparlament verabschiedet hat, kommt auch ihm zu gute. So sieht der Artikel 15 des "Rothley-Berichts" zur Annahme des Abgeordnetenstatuts eine Entschädigung der Deputierten in Höhe von 50 Prozent der Grundbezüge eines Richters am Europäischen Gerichtshofs vor, abgesegnet von einer unabhängigen "Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten",

die sich zur Hälfte aus dem ehemaligen Präsidenten des Europaparlaments, Egon Klepsch, und den Ex-EP-Abgeordneten Elisabeth Rehn und Carlo Secchi zusammensetzte. Abzüglich des "Eigenbetrags zum Pensionsfonds und zur Krankenversicherung" bedeutet diese Bezugsgröße ein verbleibendes Brutto von 6.936 Euro monatlich, zu dem aber auch noch so genannte Tagegelder (Sitzungs-Anwesenheitsprämien von derzeit 251 Euro pro Tag) hinzugerechnet werden müssen. Das hieße für die luxemburgischen EP-Deputierten eine Gehaltssteigerung von über 40 Prozent (ohne "congé politique" gerechnet). Und dabei bleibt die ebenfalls mit dem Statut verabschiedete einheitliche Norm noch unberücksichtigt, wonach die Parlamentarier-Bezüge künftig grundsätzlich unter EU-Steuerrecht fallen sollen, also mit 25 Prozent wesentlich günstiger zu versteuern wären.

"Was heißt zu hoch bezahlt?", philosophiert Goebbels auf Nachfrage der woxx, ob angesichts der wirtschaftlichen Lage in der EU-Zone, die Gehältersteigerung vielleicht nicht ganz angemessen ist. Und er fügt selbstbewusst hinzu: "Ich habe nie gefunden, dass ich für meine Arbeit zu hoch bezahlt werde." Der LSAP-Politiker verweist auf die höheren Gehälter anderer EU-Beamten und moniert, dass es bei deren Gehaltssteigerungen keine solche Diskussionen gäbe. Auch der deutsche Sozialdemokrat Willi Rothley, Berichterstatter des EP-Rechtsausschusses und zugleich vehementester Befürworter der neuen Regelung, will darin keine Diäten-erhöhung sehen. Er sprach gegenüber Monitor lieber von "einer Harmonisierung der Entschädigung" und rechtfertigt diese in seinem Bericht mit der zunehmenden Arbeitsbelastung der Deputierten.

Doch die neuen Diäten werden die Diskriminierungen nicht beenden, im Gegenteil: sie schaffen neue. In ihrem Beitrag zitieren die Monitor-ReporterInnen eine Studie des Instituts der Verwaltungshochschule Speyer. 3.466 Euro mehr im Monat würden die Franzosen mit der neuen Regelung erhalten, 7.410 Euro die Tschechen und sogar fast 7.900 Euro die Ungarn. Das sei mehr als das Gehalt der Minister, ja sogar der Ministerpräsidenten, so der Verwaltungsjurist Herbert von Arnim im Fernsehinterview. Aber ist deren Arbeit tatsächlich weniger wert?

Claude Turmes, EP-Abgeordneter der luxemburgischen Grünen, begrüßte in einer Pressemitteilung vom 3. Juni grundsätzlich die Idee eines einheitlichen Statuts als "Zeichen der Emanzipation des Parlaments gegenüber anderen EU-Institutionen". Gleichwohl stimmte Turmes mit der Mehrzahl der EP-Grünen gegen den Schlussbericht.

Ob die hoch fliegenden Pläne des EU-Parlaments Wirklichkeit werden, ist trotz der Stimmenmehrheit fraglich, denn das letzte Wort haben die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Ministerrat noch nicht gesprochen. Deren Ablehnung gilt internen Kreisen zufolge aber als nahezu sicher.

Ines Kurschat